Gesetz- und Verordnungsblatt

für das

österreichisch-illirische Küstenland,

bestehend aus den gefürsteten Grafschaften Görz und Gradisca, der Markgrafschaft Istrien
und der reichsunmittelbaren Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Jahrgang 1893.

XXVI. Stück.

Ausgegeben und versendet am 19. December 1893.

34.

Gesetz vom 24. Mai 1893,

betreffend die Bestellung des Forstwirtschafts- und Forstaufsichts-
Personales für die im Bereiche des Karstes in der Markgrafschaft
Istrien gelegenen Wälder der Gemeinden und Gemeinde-Genossen-
schaften.

Mit Zustimmung des Landtages Meiner Markgrafschaft Istrien finde Ich zu verordnen,
wie folgt:

I. Abschnitt.

Von der Leitung der technisch-ökonomischen Bewirtschaftung der Wälder.

§ 1.

Die Leitung der technisch-ökonomischen Bewirtschaftung der den Gemeinden oder Ge-
meinde-Genossenschaften gehörigen Wälder, welche in den politischen Bezirken Capodistria,
Mitterburg und Volosca im Bereiche des Karstes im Sinne des Landesgesetzes vom 7. Mai

1886, L.-G.-Bl. Nr. 32 ex 1887, beziehungsweise der Statthaltereiverordnung vom 30. Jänner 1890, Nr. 1279 (L.-G.-Bl. Nr. 7), gelegen sind, wird den den politischen Behörden des Landes zugetheilten k. k. Forsttechnikern übertragen.

Diese Leitung umfaßt alle jene Anordnungen, welche sich behufs einer den forstwissenschaftlichen Grundsätzen möglichst entsprechenden Ausnützung der Waldungen unter Berücksichtigung der localen Verhältnisse und der bestehenden gesetzlichen Vorschriften als nothwendig erweisen, einschließlich der nöthigen Controle hinsichtlich der genauen Beobachtung der erwähnten Vorschriften.

Die in Rede stehende Leitung erstreckt sich nicht auf Verfügungen bezüglich der Verwerthung der Waldproducte, doch haben die Wirthschaftsleiter über allfälliges Ansuchen der Waldbesitzer denselben in dieser Richtung mit Rath beizustehen.

Für die oben bezeichnete Wirthschaftsleitung, beziehungsweise für die beratende Unterstützung haben die Waldbesitzer keinerlei Entgelt zu leisten.

Diesen staatlichen Forsttechnikern ist nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes das für die entsprechende Bewirthschaftung der Wälder allenfalls noch nöthige Personale (Wirthschafts- und Schutz-Personale) in der Weise beizugeben, daß dasselbe nicht von den bezüglichen Waldbesitzern abhängt, sondern den Wirthschaftsleitern untergeordnet sei.

II. Abschnitt.

Von dem forstlichen Hilfspersonal für die Wirthschaftsführung.

§ 2.

Für alle im § 1 bezeichneten Wälder, deren Forstbetrieb es erfordert, sind in Durchführung des § 22 des Forstgesetzes vom 3. December 1852 (R.-G.-Bl. Nr. 250) und des § 9 der Ministerial-Verordnung vom 3. Juli 1873 (L.-G.- und V.-Bl. Nr. 29) geeignete Forstwirthschaftsführer derart zu bestellen, daß jeder Wald-Complex, dessen Ausdehnung von der Statthaltereiverordnung mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse und nach vorheriger Anhörung der betreffenden Eigenthümer festzustellen ist, von einem Wirthschaftsführer verwaltet wird.

Desgleichen bleibt der Statthaltereiverordnung das Recht vorbehalten, auf Grund desselben Gesetzes auch für alle übrigen innerhalb des obangegebenen Gebietes gelegenen Wälder die gleichen Anordnungen zu treffen, wobei sie je nach der Natur und Ausdehnung dieser Wälder die betreffenden Eigenthümer zur Bestellung eigener Wirthschaftsführer und Forstwachen verpflichten, oder zu dem gleichen Zwecke die Wälder je nach den örtlichen Verhältnissen in bestimmte Gruppen vereinigen, oder dem nächstgelegenen Wald-Complex behufs Beaufsichtigung und Bewirthschaftung zutheilen kann, dies Alles jedoch nach vorläufiger Anhörung der betreffenden Waldbesitzer.

§ 3.

Die Bestimmung der Höhe des Gehaltes und der Vergütung der Reise- und Kanzlei- auslagen, die Festsetzung der sonstigen Dienstes-Bedingungen, sowie die Ernennung des

Wirthschaftsführers stehen den Eigenthümern der zu bewirthschaftenden Wälder, beziehungsweise ihren Vertretern nach den Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung oder des etwa bestehenden Genossenschafts-Statutes zu.

In Ermanglung eines besonderen Statutes hat übrigens jede Gemeinde-Waldgenossenschaft nicht nur in Absicht auf das gegenwärtige Gesetz, sondern auch in Absicht auf die das Forstwesen betreffenden staatlichen Gesetze und Verordnungen, der Statthalterei bekannt zu geben, von wem sie rechtlich vertreten wird. Dieselbe Anzeige muß bei jedem gänzlichen oder theilweisen Wechsel in den Personen der Vertreter wiederholt werden. Im Unterlassungsfalle und nach vorangegangener Aufforderung zu der erwähnten Anzeige, wird die Statthalterei diesbezüglich durch Ernennung eines interimistischen Curators für die Genossenschaft vorsorgen.

Wo es sich um die Bestellung eines Wirthschaftsführers für einen, verschiedenen Eigenthümern (§ 1) gehörigen Wald-Complex handelt, stehen die oberwähnten Befugnisse einer Versammlung von Delegirten derselben zu.

Die Zahl der von den einzelnen Waldeigenthümern zu ernennenden Delegirten wird von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse und nach Anhörung der betreffenden Eigenthümer auf Grund der für die bezüglichen Waldgründe zu entrichtenden Grundsteuer bestimmt.

Die Wahl der Delegirten erfolgt sodann von der Vertretung der Gemeinde, beziehungsweise von jener der Genossenschaften.

§ 4.

Die Eigenthümer der im § 1 bezeichneten Wälder sind verpflichtet, innerhalb der von der Statthalterei nach Anhörung des Landes-Ausschusses von Fall zu Fall zu bestimmenden Frist und nach vorherigem, von diesen beiden Stellen auszuschreibenden Concurse zur Ernennung des Wirthschaftsführers für den betreffenden Wald-Complex zu schreiten.

Die Versammlung der Delegirten (§ 3) wird durch die politische Bezirksbehörde einberufen und ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Sie wählt zunächst den Obmann und dessen Stellvertreter und beschließt mit absoluter Stimmenmehrheit. Wird diese Stimmenmehrheit bei der Ernennung des Wirthschaftsführers nach zwei Wahlversuchen nicht erreicht, so ist zur engeren Wahl zwischen den zwei Competenten, welche die meisten Stimmen erhalten hatten, zu schreiten. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 5.

Der ernannte Wirthschaftsführer bedarf der Bestätigung der Statthalterei, um welche im Wege der k. k. Bezirkshauptmannschaft einzuschreiten ist.

Der Wirthschaftsführer muß österreichischer Staatsbürger sein und in der Regel die Befähigung zur Wald-Wirthschaftsführung durch ein Zeugniß über die nach Maßgabe der Ministerial-Verordnung vom 16. Jänner 1850, N.-G.-Bl. Nr. 63, beziehungsweise nach der Ministerial-Verordnung vom 11. Februar 1889, N.-G.-Bl. Nr. 23, mit günstigem Erfolge bestandene Staatsprüfung für Forstwirthe nachweisen, sowie den sonstigen Concursebedingungen entsprechen.

Ausnahmsweise kann die Statthalterei den Ernannten auch ohne Beibringung des erwähnten Zeugnißes bestätigen, wenn ihr seine Befähigung zur Wald-Wirthschaftsführung auf andere Weise nachgewiesen erscheint.

Der von der Statthalterei bestätigte Wirthschaftsführer hat bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft den im § 52 des Forstgesetzes vorgesehenen Eid zu leisten.

§ 6.

Unterlassen es die Vertretungen der Gemeinden oder Genossenschaften, entweder selbstständig oder gemeinschaftlich innerhalb der festgesetzten Frist die Ernennung des Wirthschaftsführers vorzunehmen, so wird dieselbe für den bezüglichlichen Wald-Complex von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse bewerkstelligt.

§ 7.

Die Höhe des Gehaltes für den Wirthschaftsführer darf nicht weniger als 700 Gulden betragen; außerdem hat derselbe eine entsprechende Vergütung für die Reise- und Kanzlei-Auslagen zu erhalten.

Für den im § 6 vorgesehenen Fall wird der Gehalt und die Vergütung von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse festgesetzt.

§ 8.

Die Obliegenheiten des Wirthschaftsführers sind im Allgemeinen durch die Vorschriften des bestehenden Forstgesetzes vorgezeichnet und werden im Besonderen mittelst einer von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse zu erlassenden Dienstes-Instruction festgesetzt. Diese Instruction hat auch die näheren Bestimmungen über das dienstliche Verhältniß des Wirthschaftsführers zu den k. k. Forstorganen und über die Disciplinar-Behandlung zu enthalten.

Die Entlassung eines Wirthschaftsführers bedarf in jedem Falle der Zustimmung der Statthalterei.

III. Abschnitt.

Vom Forstaufsichts-Personale.

§ 9.

Dem Wirthschaftsführer, beziehungsweise dem k. k. Forstpersonale ist ein angemessenes Schutz- und Aufsichts-Personale beizugeben.

Die Zahl desselben wird von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse nach Anhörung der betreffenden Eigenthümer, mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und nach Maßgabe des unumgänglich nothwendigen Bedarfes bestimmt.

Die Ernennung steht der Vertretung der Gemeinde, beziehungsweise jener der Genossenschaft (§ 1), und im Falle einer gemeinschaftlichen Bestellung, der Versammlung der Delegirten nach den Bestimmungen des § 3 zu.

Wird die Bestellung der Aufsichtsorgane innerhalb der von Fall zu Fall festzusetzenden Frist unterlassen, so wird dieselbe von der politischen Bezirksbehörde vorgenommen, der es auch zukommt, das von den Gemeinden und Genossenschaften oder von der Versammlung der Delegirten ernannte Aufsichtspersonale beim Vorhandensein der Erfordernisse der Ministerial-Verordnung vom 1. Juli 1857, R.-G.-Bl. Nr. 124, zu bestätigen und zu beeidigen.

§ 10.

Der Waldhüter muß einen genügenden Gehalt bekommen, um sich ausschließlich der Beaufsichtigung der seiner Obhut anvertrauten Wälder widmen zu können.

Die Höhe des Gehaltes der Waldhüter wird mit Rücksichtnahme auf die örtlichen Verhältnisse und die denselben zur Beaufsichtigung zugewiesenen Waldflächen nach vorhergegangener Anhörung der Gemeinde- und Genossenschafts-Vertretungen von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse festgesetzt.

Mit Zustimmung der politischen Bezirksbehörde können die auf Grund dieses Gesetzes bestellten Waldhüter auch die Ueberwachung der benachbarten Privatwälder gegen entsprechende Beitragsleistung der betreffenden Eigenthümer übernehmen.

Die Statthalterei kann im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse in einzelnen Fällen gestatten, daß den Waldhütern auch die Beaufsichtigung des Feldgutes gegen angemessene Beitragsleistung übertragen werde.

Die bezüglichlichen näheren Bestimmungen, sowie die dienstlichen Obliegenheiten und die Beziehungen der Waldhüter zu dem Wirthschaftsführer und den staatlichen Forstorganen werden durch eine besondere, von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse zu erlassende Dienstes-Instruction geregelt werden.

Der nach den Vorschriften dieses Gesetzes bestellte Waldhüter kann ohne Zustimmung der politischen Bezirksbehörde nicht des Dienstes entlassen werden.

IV. Abschnitt.

Aufbringung und Vertheilung der Kosten für das Forstwirtschafts- und Forstaufsichts-Personale.

§ 11.

Die Kosten für das Forstwirtschafts- und Aufsichts-Personale werden innerhalb jedes Wald-Complexes durch Beiträge der bezüglichlichen Gemeinden und Genossenschaften (§ 1) und im Falle des § 10 der dort erwähnten anderen Interessenten und durch Subventionen aus öffentlichen Fondes des Staates und des Landes gedeckt.

Die Höhe der von den einzelnen Eigenthümern (§ 1), sowie auch der für die Ueberwachung von Privat-Waldungen und des Feldgutes zu leistenden Beiträge wird von der Statthalterei im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse nach Anhörung der bezüglichlichen Eigenthümer im Verhältnisse zu den für die bezüglichliche zu überwachende Fläche vorgeschriebenen l. f. Steuern bestimmt.

Diese Beiträge sind von den Verpflichteten von 3 zu 3 Monaten im Vorhinein bei Vermeidung der politischen Execution an das betreffende k. k. Steueramt abzuführen, von welchem sodann die Forstwirthschaftsführer und Waldhüter ihre Gebühren in monatlichen Posticipatraten auf Grund der bezüglichen Anweisung der Statthalterei erhalten.

Die näheren Verrechnungs-Modalitäten werden im administrativen Wege im Einvernehmen mit dem Landes-Ausschusse geregelt werden.

V. Abschnitt.

Vom Instanzenzuge.

§ 12.

Recurse gegen Verfügungen der k. k. Bezirksbehörde in Handhabung dieses Gesetzes sind bei derselben binnen 14 Tagen nach erfolgter Zustellung des angefochtenen Decretes einzubringen und sodann der Statthalterei vorzulegen, welche nach hierüber eingeholtem Gutachten des Landes-Ausschusses entscheiden wird.

Beschwerden gegen Entscheidungen der Statthalterei sind an das Ackerbau-Ministerium zu richten und müssen im vorgeschriebenen Wege binnen 4 Wochen nach erfolgter Zustellung der angefochtenen Verfügung eingebracht werden.

Die Recurse haben in der Regel aufschiebende Wirkung, nur dringende Maßregeln, welche einen Aufschub nicht zulassen, können in der Zwischenzeit innerhalb der Grenzen des strengsten Bedarfes durchgeführt werden.

VI. Abschnitt.

Schlußbestimmung.

§ 13.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Ackerbau-Minister beauftragt.

Bruck a/L., den 24. Mai 1893.

Franz Joseph m. p.

Falkenhayn m. p.